

Bericht des Gemeinderats

Postulat Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Ausstieg aus Fessenheim: Unterstützung des trinationalen Atom-Schutzverbands (05.000400)

In der Stadtratssitzung vom 14. Juni 2007 hat der Stadtrat den Prüfungsbericht für das folgende Postulat Natalie Imboden (GB) abgelehnt und die Frist zur erneuten Vorlage eines Prüfungsberichtes um ein Jahr verlängert. Am 30. April 2009 wurde einer Fristverlängerung bis Ende August 2009 zugestimmt:

ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab, u.a. durch Beteiligungen am AKW Fessenheim, welches bereits 28 Betriebsjahre (Betriebsaufnahme 1977) hat. Konkret bezieht ewb 7.5 % seines Stroms aus Fessenheim und besitzt 2 % des Aktienkapitals.

Als Reaktion auf Sicherheitsrisiken, die von dem pannenanfälligen, altersschwachen und erdbebengefährdeten Atomkraftwerk Fessenheim ausgehen, wurde im Juni 2005 in Basel der Trinationale Atom-Schutzverband (TRAS) gegründet. TRAS will sich über die nationalen Grenzen hinweg für den Schutz der Bevölkerung vor bestehenden Atomrisiken einsetzen und neue Atomkraftwerke mit allen verfügbaren Rechtsmitteln verhindern.

Da die Stadt Bern und ewb einen klaren Volksauftrag haben einen Weg für den Ausstieg aus den Atombeteiligungen zu suchen, besteht Handlungsbedarf:

[Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein. (Art. 6 Abs. 4 ewr)

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Anliegen des Trinationalen Atom-Schutzverband (TRAS) mitunterstützen kann.

Bern, 25. August 2005

Postulat Natalie Imboden (GB), Urs Frieden, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Franziska Schnyder, Hasim Sancar

Bericht des Gemeinderats

Mit der neuen Eignerstrategie für Energie Wasser Bern (ewb) bekräftigt der Gemeinderat seinen Willen, den Atomausstieg zu realisieren. Diese hält fest, dass der Atomausstieg für die Stadt Bern bis 2039 vollzogen werden muss. Der Gemeinderat legt hierbei den Fokus auf die bevorstehenden notwendigen Investitionen zur Substitution der Atomenergie. Durch diese fokussierten Anstrengungen wird die notwendige Flexibilität geschaffen, um zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Beteiligung von Fessenheim aufzulösen. Damit werden aus Sicht der Stadt Bern die Anliegen und Bestrebungen des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) mitgetragen.

Energiestrategie, Eignerstrategie für Energie Wasser Bern (ewb), Energierichtplan und Portfoliostrategie von ewb

Im Mai 2006 hat der Gemeinderat die Energiestrategie für die Stadt Bern verabschiedet. Darin werden konkrete quantitative Ziele bezüglich der CO₂-Reduktion, Förderung erneuerbarer Energien und dem Stromverbrauch in der Stadt Bern bis 2015 festgehalten.

Mit der Erarbeitung der Eignerstrategie hat der Gemeinderat im Juni 2009 ein breit abgestütztes, ambitioniertes aber realisierbares Atomausstiegsszenario beschlossen. Der Gemeinderat betont damit seinen Willen, den Atomausstieg bis 2039 vollzogen zu haben. ewb hat aufgrund der Eignerstrategie ihre Unternehmensstrategie bereits entsprechend überarbeitet. Einzelne Investitionsvorhaben, welche für die Kompensation der Atomenergie notwendig sind, wurden seitens ewb bereits in Angriff genommen (Bsp. KVA und Beteiligung an der pvenergie ag in Melchnau).

Konkret erlauben die bereits erfolgten Entscheidungen u.a. eine erhöhte Flexibilität auch bezüglich der Beteiligung an Fessenheim. Zurzeit überarbeitet ewb seine Portfoliostrategie, welche einen weiteren wichtigen Bestandteil für die konkrete Ablösung der Beteiligungen an Gösgen und Fessenheim darstellt. Für die Realisierung sind jedoch grosse Investitionsvolumen unabdingbar. Der Gemeinderat begleitet und beaufsichtigt diesen Prozess. Hierfür wird bis Ende 2009 ein entsprechendes Kennzahlensystem entwickelt, welches die Vorgaben der Eignerstrategie quantifizieren wird.

Weiteres Vorgehen

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie hat dieses Jahr den Prozess für die Erarbeitung des Energierichtplans für die Stadt Bern begonnen. Dieser wiederum wird eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der neuen Energiestrategie für die Stadt Bern darstellen, deren Überarbeitung im Jahr 2011 gestartet werden soll.

Weiter ist die Initiative EnergieWendeBern hängig, welche ebenfalls den Atomausstieg fordert. Mit der Eignerstrategie hat der Gemeinderat signalisiert, dass er die Forderungen der Initianten ernst nimmt und gewillt ist, den Atomausstieg für die Stadt Bern zu realisieren. Zu beachten gilt es hierbei unter anderem, dass die Eignerstrategie im Gegensatz zu den Forderungen der Initianten nicht die gleiche Verbindlichkeit aufweist. Der Gemeinderat ist auch diesbezüglich bestrebt, unter Berücksichtigung der nationalen und kantonalen Rahmenbedingungen (Strommarktliberalisierung, kantonales Energiegesetz) entsprechende Verbindlichkeiten zu schaffen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 26. August 2009

Der Gemeinderat